Datum:	**12. Mai 2022**
Medium:	**diepresse.com**
Thema:	**Pflege-Reform 2022**

Erste Hilfe für die Pflege

12.05.2022 um 19:55
von **Ulrike Weiser**

Eine Milliarde Euro investiert der Bund in die Attraktivierung des Pflegeberufs. Am System selbst wird (noch) nicht geschraubt.

Es ging schneller als gedacht. Nicht erst „vorm Sommer", sondern am „Tag der Pflege" präsentierte Sozialminister **Johannes Rauch** (Grüne) die eigentlich seit Jahrzehnten erwartete Pflegereform. Ihr Schwerpunkt und finanzieller Umfang – eine Milliarde Euro für zwei Jahre – entsprechen im Wesentlichen den Forderungen der Experten und der Pflegedienstleister (Caritas, **Rotes Kreuz** etc.). Die zwanzig Maßnahmen setzen vor allem beim Personalmangel an – bis 2030 fehlen 76.000 Pflegekräfte.

„Auch wenn diese Maßnahmen nicht sofort wirken, sind sie für den Beruf der Pflege ein wichtiges Signal", sagt Ulrike Famira-Mühlberger, stellvertretende Wifo-Direktorin, die Mitglied der Taskforce Pflege im Ministerium war. Zumindest einige Gesetze sollen auch noch vor dem Sommer beschlossen werden.

Hier ein Überblick über die zentralen Punkte.

Arbeitsmarkt

Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, gibt es mehr Geld und Freizeit und – zumindest für die Pflege(fach)assistenz – auch mehr Kompetenzen (Infusionen anschließen etc.). Zum Geld: Bis Ende 2023 steckt der Bund 520 Mio. Euro in höhere Gehälter. Das entspricht circa einem Monatsgehalt mehr pro Jahr. Die Befristung auf zwei Jahre argumentiert Rauch damit, dass man schnell handeln wollte, längerfristige Maßnahmen aber über den Finanzausgleich mit den Ländern geregelt würden, dessen Verhandlung vor enormen Herausforderungen (Pandemie,

Teuerung) stehe.

Faktisch „pickt“ die Erhöhung aber. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass das rückgängig gemacht wird“, so Famira-Mühlberger. Zur Freizeit: Ab dem 43. Lebensjahr gibt es – unabhängig von der Dauer der Anstellung – eine zusätzliche freie Woche. In der stationären Langzeitpflege gibt es pro Nachtdienst zwei Stunden Zeitguthaben. Wobei man, so Famira-Mühlberger, bedenken müsse: Mehr Zeit für den Einzelnen erhöhe den Druck auf die Personaldecke, sprich es braucht mehr Fachkräfte.

Ausbildung

Um mehr Menschen für die Pflegeausbildung zu motivieren, schießen manche Bundesländer schon Geld zu. Nun soll gelten: Wer eine Erstausbildung macht, erhält zumindest 600 Euro pro Monat. Auszubildende in Sozialbetreuungsberufen und an berufsbildenden Schulen erhalten den Betrag für das Praktikum. Zwei Drittel der Kosten übernimmt der Bund. Das sind 225 Mio. Euro für drei Jahre, 150 davon waren schon budgetiert. Ein Drittel kommt von den Ländern. Auch hier geht Famira-Mühlberger davon aus, dass die Maßnahmen langfristig bleiben.

Für Um- und Wiedereinsteiger gibt es im Rahmen einer AMS-geförderten Ausbildung ein Pflegestipendium von zumindest 1400 Euro pro Monat. Weiters kommt die Pflegelehre österreichweit als Modellversuch. Ebenso werden Schulversuche an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ins Regelschulwesen integriert. Erleichterungen soll es für Arbeitskräfte aus dem Ausland geben (Rot-Weiß-Rot-Card, leichtere Anerkennung von Abschlüssen, anfänglich geringeres Deutschniveau soll reichen).

Angehörige, Betroffene

Ein wichtiger Baustein ist für Famira-Mühlberger die Erhöhung des Pflegegelds für Menschen mit schweren psychischen Behinderungen und Demenz. Ihnen wird ein Pflegeaufwand von zwanzig Stunden im Monat bei der Einstufung im Pflegegeldsystem angerechnet, was den Bezug von Pflegegeld wahrscheinlicher macht. Demenz sei bislang bei der Pflegegeldeinstufung zu wenig berücksichtigt worden, sagt die Expertin: „Demenzkranke sind körperlich oft relativ fit, brauchen aber trotzdem viel Betreuung.“ Neu ist auch: Ab Stufe vier erhalten selbst- oder weiterversicherte pflegende Angehörige jährlich 1500 Euro (ab 2023).

Was fehlt

Ausgeklammert wurden arbeitsrechtliche Verbesserungen der 24-Stunden-Pflege. Bis Herbst soll mit den Sozialpartnern ein Modell erarbeitet werden. Was auch fehlt, wie die Opposition kritisiert: eine große Systemreform, die das föderal sehr uneinheitliche Pflegesystem harmonisiert, die komplizierte Finanzierung vereinfacht und die Bedarfsplanung verbessert. Rauch sowie die Klubobleute **August Wöginger** (ÖVP) und **Sigrid Maurer** (Grüne) versicherten, all das sei gewünscht. Nur eben nicht Sache des Bundes allein.

Geplant sei eine „Zielsteuerung", wie man sie aus dem Bereich der Gesundheit kenne. Bund, Länder – und hier wohl auch die Gemeinden – sollen an einen Tisch. Ein Konzept zu dem Arbeitsprozess sei den Ländern bereits übermittelt worden, heißt es aus dem Ministerium. Der derzeitige Vorsitzende der Ländersozialreferenten, der Wiener Gesundheitsstadtrat **Peter Hacker** (SPÖ), kann sich jedenfalls eine Aufwertung des Pflegegeldfonds zum Pflegegarantiefonds vorstellen, aus dem – ähnlich wie bei der Krankenversicherung – Sachleistungen garantiert und finanziert werden.

Auch Famira-Mühlberger denkt in diese Richtung und in puncto Reform schon weiter: „Der nächste Meilenstein für die Pflege sind die Finanzausgleichsverhandlungen."